



TRANSNATIONALE ORGANISIERUNG VON UNTEN

- ▶ Migration & Entwicklung
- ▶ Festung Europa
- ▶ Vielfachkrise in Mali
- ▶ Landraub
- ▶ Soziale Kämpfe in Togo
- ▶ u.v.m.

afrique-europe
interact

⊕ INHALT	3	UNSER NETZWERK Das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen
	7	„ABER SOLL AFRIKA WIE EUROPA WERDEN?“ Streitgespräch zu Migration und Entwicklung
	11	VOR DEN TOREN DER FESTUNG EUROPA: Persönliche Erfahrungsberichte
	17	LANDRAUB STOPPEN – IN MALI UND ÜBERALL SONST Sanamadougou und Sahou müssen bleiben
	23	PHOSPHATABBAU IN TOGO Die negativen Folgen der industriellen Phosphatgewinnung
	25	EU VERHARMLOST MASSIVE REPRESSION IN TOGO Sozialer Widerstand nach 51 Jahren Diktatur wächst
	27	DIALOG STATT WAHLDIKTAT Soziale Bewegungen in Mali kritisieren neokoloniale Einflußnahme scharf
	33	BUCH-, FILM- UND THEATER-EMPFEHLUNGEN Aus unserem Netzwerk
	36	MITMACHEN & KONTAKT
	38	DAUER- ODER EINZELSPENDEN GESUCHT Jeder Betrag ist willkommen!



**Bamako-Dakar-Karawane (2011),
Demo in Bamako | Leona Goldstein**

► DAS RECHT ZU BLEIBEN UND DAS RECHT ZU GEHEN

Unser Netzwerk

Afrique-Europe-Interact ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist_innen vor allem in Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant_innen und Abgeschobene.

Programmatisch verfolgt Afrique-Europe-Interact insbesondere zwei Zielsetzungen: Einerseits unterstützen wir Flüchtlinge und Migrant_innen in ihren Kämpfen um Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte – ob in den Ländern des Maghreb, auf dem Mittelmeer oder innerhalb der Festung Europa. Andererseits sind wir an sozialen Auseinandersetzungen um gerechte bzw. selbstbestimmte Entwicklung beteiligt. Denn das Recht auf globale Bewegungs- und Nieder-

lassungsfreiheit ist nur die eine Seite der Medaille. Nicht minder wichtig ist das Recht zu bleiben, also die Möglichkeit, zu Hause bzw. im Herkunftsland ein Leben unter sicheren, würdigen und selbstbestimmten Bedingungen führen zu können ► S. 7].

RÜCKBLICK

Entstanden ist Afrique-Europe-Interact im Zuge der Vorbereitungen einer dreiwöchigen „Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung“, die Anfang 2011 auf Initiative der AME (Assoziation der Abgeschobenen Malis) stattgefunden hat: Rund 250 Aktivist_innen, die meisten aus Mali, haben sich an der Bustour von der mali-schen Hauptstadt Bamako zum 11. Weltsozialforum in Dakar/Senegal beteiligt – einschließlich zahlreicher Aktionen und



Choucha-Demo bei Innenministerkonferenz in Osnabrück (2013) | visual.rebellion

Versammlungen mit der lokalen Bevölkerung entlang der Route. Nach der Karawane haben uns zunächst die sozialen Umbrüche in Nordafrika in Atem gehalten. Nicht nur aus Solidarität mit dem Arabischen Frühling, sondern auch, weil Hunderttausende Arbeitsmigrant_innen und Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika das von Bürgerkrieg heimgesuchte Libyen fluchtartig verlassen mussten – unter ihnen rund 6.000 Menschen, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten bzw. wollten und daher unter erbärmlichsten Bedingungen im Wüstencamp Choucha an der libysch-tunesischen Grenze gestrandet sind. Praktisch haben sich hieraus zahlreiche Kontakte und gemeinsame Projekte zwischen europäischen, malischen und tunesischen Basisgruppen ergeben, unter anderem die

► LESEHINWEISE

Sämtliche Aktivitäten von Afrique-Europe-Interact sind auf unserer dreisprachigen Webseite dokumentiert. Zudem haben wir mehrere Broschüren, Videoclips, Flugblätter, Stellungnahmen und Zeitungen erstellt, die entsprechenden Hinweise finden sich ebenfalls auf unserer Webseite

Jenseits davon möchten wir auch ausdrücklich auf verschiedene Buch-, Film- und Theaterproduktionen von einzelnen Aktivist_innen aus unserem Netzwerk hinweisen. ► S. 33 ✕

von Afrique-Europe-Interact mitaufgebaute Solidaritätskampagne für Choucha – eine Initiative, die maßgeblich mit dazu beigetragen hat, dass im September 2012 immerhin 200 Flüchtlinge aus Choucha regulär nach Deutschland ausreisen konnten.

AKTUELLE SCHWERPUNKTE

Mittlerweile verteilen sich die Aktivitäten von Afrique-Europe-Interact auf (mindestens) sechs Schwerpunkte – trotz des Umstandes, dass es sich weiterhin um ein eher kleines, rein ehrenamtlich getragenes Netzwerk handelt:

► Afrique-Europe-Interact beteiligt sich erstens an **verschiedenen Initiativen gegen die Militarisierung der EU-Außengrenzen und somit gegen das Massensterben sowohl im Mittelmeer** als auch in der Wüste. In diesem Zusammenhang kooperieren wir insbesondere mit (Transit-)Flüchtlingen und Migrant_innen in Marokko – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass mehrere Aktivist_innen unseres Netzwerks selber jahrelang in Marokko bzw. anderen nordafrikanischen Ländern als Migrant_innen bzw. Flüchtlinge blockiert waren. **[► S. 11]** Zudem unterstützen wir den Aufbau **selbstorganisierter Notruftelefone**, um Echtzeit-Druck auf die Verantwortlichen ausüben zu können, falls bei Bootsunglücken die Rettung unterbleibt oder hinausgezögert wird.

► Zudem haben wir zweitens – wie schon angedeutet – **enge Kontakte zu tunesischen Gruppen** aufgebaut, insbesondere zu Angehörigen tunesischer Harragas (arabisch für „Grenzverbrenner“), die bei Bootsüberfahrten ums Leben gekommen oder verschollen sind.

► Drittens ist unser Netzwerk **gegen neokolonialen Landraub bzw. Landgrabbing aktiv**, also den Ausverkauf großer Wald-, Acker- und Weideflächen an global operierende Banken, Investmentfonds und Konzerne – eine Entwicklung, die unter anderem in Mali zur Vertreibung zahlreicher Kleinbauern- und Bäuerinnen von ihren Feldern und Weiden geführt hat. **[► S. 17]**

► Viertens hat sich in den letzten Jahren ein enger **Kontakt zu Basisinitiativen in Togo** ergeben – insbesondere zur „Assoziation der Abgeschobenen Togos“ (ATE), deren Mitglieder überwiegend aus Deutschland abgeschoben wurden. Hierbei kommen allerdings nicht nur migrationsbezogene Fragestellungen zur Sprache. So haben im April 2014 während einer Delegationsreise malischer und europäischer Aktivist_innen in Togo auch zahlreiche Begegnungen mit Frauenkollektiven, Menschenrechtsorganisationen sowie Bauern und Bäuerinnen stattgefunden **[► S. 23]**.

► Ebenfalls eine zentrale Rolle spielen für Afrique-Europe-Interact fünftens **gesamtgesellschaftliche Konflikte**. Insbesondere die malische Sektion hat seit Anfang 2012 vielfältige Anstrengungen unternommen, auf die tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Krise zu reagieren, in die Mali nach der Besetzung der nördlichen Landeshälfte durch islamistische Milizen und die anschließende französische Militärintervention geschlittert ist **[► S. 27]**. Darüber hinaus ist auf Initiative einiger kongolesischer Mitglieder unseres Netzwerks für 2015 eine Kongo-Konferenz unter dem Titel „Ein Kongo ohne Waffen ist möglich“ ins Auge gefasst.



**Bamako-Dakar-Karawane (2011):
Plenum in Bamako | Tim Zülch**

► Afrique-Europe-Interact unterstützt sechstens auf unterschiedliche Weise **selbst-organisierte Proteste von Flüchtlingen und Migrant_innen in Europa**. Beispielsweise haben sich mehrere Aktivist_innen unseres Netzwerks am 4-wöchigen Marsch für Freiheit von Strassbourg nach Brüssel im Frühsommer 2014 beteiligt – samt einiger Aktivist_innen aus Tunesien.

GEGEN DOMINANZ UND EUROZENTRISMUS

Was uns grundsätzlich eint (trotz der vielfältigen Schwerpunkte), ist die Überzeugung, dass sich an den neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen nur etwas ändern lässt, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusam-

menarbeiten. Dies erfordert allerdings, dass die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen, Interessen und Selbstverständnisse sorgfältig berücksichtigt werden. Insofern spielt für Afrique-Europe-Interact nicht nur die (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit Dominanz, Paternalismus oder rassistischen bzw. eurozentrischen Vorurteilen eine zentrale Rolle. Wichtig ist auch, dass die malischen und togoischen Mitgliedsgruppen von Afrique-Europe-Interact sowie selbstorganisierte Flüchtlinge und Migrant_innen in Marokko und Tunesien seitens der europäischen Sektion von Afrique-Europe-Interact im kleinen Stil finanziell unterstützt werden – Stichwort: Umverteilung praktisch angehen! [► S. 38] ✕

„Aber soll Afrika wie Europa werden?“

Vorbemerkung: Wie in der Vorstellung des Netzwerks bereits erwähnt, macht sich Afrique-Europe-Interact für beides stark: Sowohl für gerechte Entwicklung und somit das „Recht zu bleiben“, als auch für Bewegungsfreiheit, d.h. für das „Recht zu gehen“ – nicht zuletzt dann, wenn ein Leben unter würdigen und selbstbestimmten Bedingungen nicht (mehr) möglich ist. Und doch: Was auf dem Papier plausibel klingt, entpuppt sich in der Realität als widersprüchlich und komplex. In der taz-Beilage Nr. 4 von Afrique-Europe-Interact (Winter 2013/14) haben wir daher ein Streitgespräch zwischen zwei afrikanischen Aktivisten unseres Netzwerks dokumentiert, in dem die sie die Chancen und Grenzen ausloten, die jeweils mit der Migration nach Europa bzw. der Strategie der selbstbestimmten Entwicklung in Afrika verbunden sind.

Dominique, bei der letzten Versammlung von Afrique-Europe-Interact in Deutschland hast du von deinen Erfahrungen in Marokko und auf dem Meer erzählt, aber auch von dem tragischen Tod einer eng mit dir befreundeten Familie aus dem Kongo [► S. 11]. Viele waren berührt, aber es ist auch eine Debatte über Sinn und Unsinn von Migration entbrannt, vor allem von dir angestoßen, Moussa. Wie ist es euch anschließend ergangen?

Dominique Sotso: Es war sehr schwierig, von ihrem Tod zu berichten, ich war eng mit ihnen befreundet. Doch ihr Tod ist eines dieser kleinen Beispiele, um besser zu verstehen, warum Menschen die Möglichkeit in Kauf nehmen zu sterben.

Moussa Ouedraogo: Auf dem Treffen hat mich diese Geschichte sehr bewegt und es ging mir sehr schlecht damit. Ich frage mich, wer nimmt dieses unnützlich verlorene Leben jetzt überhaupt noch wichtig?

D.S. Ich kann diesen Blick nicht teilen. Diese kongolesische Familie versuchte wirk-

lich, vor harten Auseinandersetzungen in ihrer Heimat zu fliehen, und auf dem Weg wurde es sogar noch schlimmer. Als Migrant bekommst du dann dieses Gefühl, den Film beenden zu wollen, dieses Adrenalin, das in einem hochsteigt, man ist dann bereit, alles hinzunehmen, auch den Tod.

M.U. Ich möchte sie nicht anklagen, nur dieses ganze Leben, was vor ihnen lag – ich musste wirklich sehr weinen! Und dieses 8-jährige Mädchen, sie hätte noch Großmutter werden können! Ja, die Leute fliehen vor Krieg, aber ich halte die Armut in Afrika für die stärkste Ursache von Migration, sei es in Burkina, Kamerun oder wo auch immer, das ist unsere größte Herausforderung.

D.S. In Kamerun ist die Lage auch politisch sehr kritisch. Ich habe drei Jahre katholische Theologie studiert, aber die Politik hat sich gegen die Studierenden und auch alle anderen gerichtet – es ist eine Art unsichtbarer Krieg. Wir haben mit Demonstrationen angefangen und 2009, nach einem großen

Aufstand in der Bevölkerung, kamen wir ins Blickfeld der Regierung. Viele meiner Freunde wurden festgenommen und sind bis heute im Knast! Ich musste gehen.

M.U. Eine Frage, seit du angekommen bist, hat dir das Kraft und Hoffnung gegeben?

D.S. All das, was ich durchmachen musste, auch unter Einsatz meines Lebens, das hat sich gelohnt: Ich bin in Europa. Es ist nicht das Paradies, aber besser als in Afrika. Mal umgekehrt gefragt, was hättest du denn dieser Familie vorgeschlagen?

M.U. Nach meinen Idealen und meiner Verantwortung als Mensch und Afrikaner hätte ich sie nicht ermutigt, das Boot zu besteigen. Ich finde vielmehr, dass wir in Afrika für eine bessere Zukunft der Afrikaner kämpfen sollten.

D.S. Das ist eine schöne Idee, aber keine gute Idee, es ist ziemlich abgehoben. Ein junger Mensch, der weggeht, gibt den Kampf nicht auf. Der überlegt sich ganz genau, was ihn erwartet, vor allem, wenn im eigenen Land das völlige Scheitern droht.

M.U. Ich hatte nicht die Chance, zur Schule zu gehen, ich sprach kein Französisch und fing sehr früh an zu arbeiten. Aber ich habe immer nach etwas Besserem gesucht. Ich komme aus einer sehr armen Familie, von 11 Kindern sind 7 verstorben, aber das hat mich nicht davon abgehalten, etwas für meine eigenen 5 Kinder zu tun. Und nicht nur für sie - ich wollte etwas für alle Afrikaner tun. Ich habe schon sehr früh angefangen, mich in Vereinen zu organisieren.

D.S. Es stimmt, dass wir die Verantwortung teilen müssen für das, was auf afrikanischem Boden passiert, aber wir wissen ja alle, das es an der schlechten Regierungs-

führung liegt und wir durch die Vormachtstellung von Europa behindert werden.

M.U. Ja, wir werden auf verschiedene Weise unterdrückt in Afrika, aber sind wir ein bisschen ehrlich mit uns selbst: Was mache ich persönlich gegen diese Unterdrückung? Das ist auch sehr wichtig.

D.S. Ich möchte nur illustrieren, dass Europa, wenn auch auf unterschiedliche Weise, Afrika seit der Sklaverei unterdrückt und seine Reichtümer wegnimmt, die menschlichen und die materiellen. Wer bestimmt denn über den westafrikanische Franc? Die französische Nationalbank für Entwicklung!

M.U. Richtig, aber soll Afrika wie Europa werden? Nein, es muss darüber hinausgehen! Wir sollten erstmal unsere eigenen Werte, Hintergründe und Möglichkeiten wertschätzen! Unsere Armut ist in Wirklichkeit nicht materiell, sie liegt in der Mentalität. Wollen wir weiterhin wie Arme behandelt werden, die aus ihrem sehr reichen Kontinent fliehen?

D.S. Ja, wir haben großartige Werte in Afrika, die von den Afrikanern selber weiterentwickelt werden müssen. Wir haben andere Herangehensweisen als die Leute in Europa, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass ein afrikanischen Migrant in Europa ein Instrument von Entwicklung in Afrika ist.

M.U. Jeder kann Akteur von Entwicklung sein, selbst wenn er oder sie bei sich zu Hause bleibt, oder auch als Analphabet. In meiner politischen Arbeit in Burkina geschieht das mit Sensibilisierung. Es ist notwendig, dass alle auf dasselbe Niveau kommen. Die Leute müssen Bescheid wissen über ihre Rechte, aber auch über ihre Ver-

antwortung gegenüber der Gesellschaft. In diesem Kontext ist Migration ein großes Problem, auch wenn die jungen Leute meistens innerhalb Afrikas migrieren.

D.S. Es stimmt zwar, dass die Migration die Fehler der heutigen Zeit verschlimmert, aber wenn Europa aufhören würde, uns auszubeuten und es ein Gleichgewicht auf dem internationalen Markt gäbe, bei Exporten von afrikanischen Waren nach Europa, bei Devisen etc., dann könnten Fabriken, Firmen und Arbeitsplätze geschaffen werden und die jungen Leute müssten nicht mehr migrieren. Aber das passiert nicht, somit bleibt nur die Migration als Lösung – wie es auch bei meinem Bruder war, der seit 7 Jahren in Paris lebt. Er hat seine Papiere, er kann seine Familie ernähren und er kann sich in Kamerun politisch betätigen. Wenn er dort geblieben wäre mit seiner schlecht bezahlten Arbeit,

hätte er sich dann Gehör verschaffen können? Nein. Jetzt hat er die Mittel dazu.

M.U. Das gibt doch zu denken! Wäre er in Kamerun geblieben mit seinen afrikanischen Werten und hätte dort seine ehrbare, aber unzureichende Arbeit verfolgt, niemand hätte ihn respektiert. Aber jetzt, wo er einen Platz an der Sonne in Europa gefunden hat und mit Geld nach Kamerun zurückkehrt, jetzt hören ihm die Leute zu. Dabei ist er immer noch dieselbe Person! Deswegen fordere ich Respekt, nicht dafür, was ich habe, sondern dafür, was ich bin.

D.S. Ja, es sollte immer so sein, wie du gerade gesagt hast, aber du weißt auch, die Wirklichkeit ist anders. Nach dem, was ich nun von dir gehört habe, meinst du wohl auch, dass ich nach Kamerun zurückkehren sollte. Das würde doch heißen, dass diese beschwerlichen vier Jahre umsonst gewesen wären, psychologisch gesehen?**M.U.** Ich



Delegationsreise Office du Niger (2012):
Unser Bus | Makombe

schätze deine Anstrengungen sehr, du hast gekämpft für dein Ziel und es erreicht, Gott sei Dank. Meine Kritik bedeutet nicht, dass ich nicht stolz auf dich wäre. Aber ich will dir verständlich machen, dass ein wirklicher Kampf vor dir liegt – und auch vor mir. Wenn ich hier in Europa bin und mein Wirken in Afrika würde sich nur noch auf meine Familie und meine Freunde beziehen, dann weiß ich, dass ich diesen Kampf nicht gewinnen könnte. Deswegen werde ich nach Afrika zurückkehren.

D.S. Ich bin weggegangen, nachdem ich alles für mein Land getan habe. Aber ich werde alles tun, um meinen Kampf für Veränderung hier weiterzuführen – im Austausch mit meinen Freunden in Afrika und Europa. ✖

Dominique Sotso (27) ist seit einem knappen Jahr in Deutschland und lebt als Asylbewerber in Brandenburg. Moussa Ouedraogo (39) hat nach einem Besuch in Deutschland einen Asylantrag gestellt, ist aber im Januar 2014 freiwillig nach Burkina Faso zurückgekehrt.

► LESEHINWEIS

Am 4. Juni 2014 hat Alassane Dicko von der malischen Sektion von AEI an der Öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Sachverständiger zum Themenkomplex “Flüchtlinge, Migration und Entwicklungspolitik” teilgenommen. In seinem Beitrag hat Alassane Dicko (der in Bamako bei der Assoziation der Abgeschobenen Malis aktiv ist), darüber gesprochen, inwiefern uneingeschränkte Bewegungsfreiheit Voraussetzung dafür ist, dass sich das Zusammenspiel zwischen Migration und Entwicklung in Gänge entfalten kann. Sein schriftlicher Beitrag ist auf unserer Webseite unter der Rubrik „Themen/Afrika & Migration dokumentiert. ✖



Bamako-Dakar-Karawane (2011):
Demo am Rande der Sahara | Leona Goldstein



► PERSÖNLICHE ERFAHRUNGSBERICHTE

An den Rändern der Festung Europa

Vorbemerkung: Die Kritik an der Militarisierung der EU-Außengrenzen und somit der EU-Grenzschutzagentur Frontex hat Afrique-Europe-Interact von Anfang an begleitet. In diesem Sinne haben wir in der taz-Beilage Nr. 4 von Afrique-Europe-Interact (Winter 2013/14) vier Texte dokumentiert, in denen Aktivist:innen unseres Netzwerks von ihren persönlichen Erfahrungen auf dem Weg nach Europa erzählen – und von Menschen, die dabei ihr Leben verloren haben. Zwei dieser Texte werden hier erneut abgedruckt.

► „Tod nach zehn Jahren Flucht“

1996 zu Beginn des ersten Kongokriegs war Gauthier Bandowa 18 Jahre alt und seine spätere Frau Bijoux Nzongo 11 Jahre. Vor dem dritten Kongokrieg, der 2006 begann und bis heute andauert, gelang dem Paar die Flucht. Über ein Jahr brauchten sie, um auf dem Landweg nach Nordafrika zu gelangen. In Marokko wurde ihnen kein

Asyl gewährt, auf das sie als Kriegsflüchtlinge sicherlich ein Recht gehabt hätten. Dem Krieg entkommen, mussten sie sich stattdessen versteckt halten, denn Marokko spielt seine Rolle als Grenzwächter der EU vorbildlich. Kurz nach ihrer Ankunft in Rabat gebar Bijoux ihr erstes Kind. Da war ihr Mann gerade bei einem rassistisch motivierten Überfall mit einem Messer im Gesicht verletzt worden. Seine – illegale – Be-

handlung organisierte eine örtliche Kirchengemeinde, genauso wie die – illegale – Geburt von Jennifer. Es folgten Razzien in der Wohnung und Festnahmen auf der Straße, begleitet von der ständigen Angst vor einer Abschiebung in die algerische Sahara. Wie Tausende andere saß die junge Familie über Jahre in Marokko fest, mal in Rabat, mal in Casablanca und zuletzt in Tanger. Den Lebensunterhalt in dieser Situation zu bestreiten, ist fast unmöglich und noch schwieriger wird die Situation mit einem Kind. Auch das Kind musste sich verstecken, an einen Platz in einer Schule war nicht zu denken, dies wird selbst Kindern von marokkanisch-kongolesischen Paaren verweigert. Das Leben gestaltete sich immer komplizierter, erst allein, dann mit Kind. Und nun kündigte sich Anfang des Jahres ein zweites Kind an. Während der gesamten Zeit sahen die Eltern viele

Geflüchtete sterben: Wegen des fehlenden Zugangs zu medizinischer Versorgung, wegen rassistischer Überfälle, wegen des Zwanges, den Lebensunterhalt mit allen nur erdenklichen Mitteln zu bestreiten. Einige sterben auch bei dem Versuch, den Grenzzaun zwischen Melilla und Ceuta zu überwinden, die meisten ertrinken auf dem Weg nach Spanien, auf einer Strecke, für die die Fähre gerade mal 1 Stunde und 15 Minuten braucht. Für Bijou und Gauthier war klar, dass sie diesen Weg nicht gehen würden, insbesondere aus Verantwortung für Jennifer. Es war klar, dass sie – wie schon ihr halbes Leben lang – alles darauf gesetzt hatten, ihr Überleben und das Überleben des Kindes zu sichern. Doch nach mehr als 10 Jahren des Lebens in Verstecken, mit der ständigen Angst vor Razzien und Abschiebung, mit dem Wissen, bald für zwei Kinder sorgen zu müssen

► LESEHINWEIS

Auf der Webseite von Afrique-Europe-Interact finden sich nicht nur zahlreiche Texte, Berichte und Analysen zum EU-Grenzregime. Auch unsere Solidaritätsarbeit mit dem Widerstand der im Wüstenlager Choucha gestrandeten Flüchtlinge ist umfassend dokumentiert. Außerdem finden sich mehrere Links zu thematisch verwandeten Webseiten und Blogs – unter anderem zum Facebook-Blog www.facebook.com/voix.desmigrants, der von einem ebenfalls an Afrique-Europe-Interact beteiligten Flüchtlingsaktivisten betrieben wird. ✖



Angehörige von verschwundenen Bootsflüchtlings: Protest in Tunis (2011) | Leona Goldstein

und mit der schlichten Unmöglichkeit eines Weiter- und Überlebens in Nordafrika, blieb am Ende nur noch die Möglichkeit, ein Schlauchboot in Richtung Europa zu besteigen. Am 6. August 2013 fuhren sie in Tanger los. Ihre Körper sind bis heute nicht gefunden worden, aber Überlebende des Schiffbruchs haben vom Tod der Familie im Mittelmeer berichtet. ✕

Der Bericht basiert auf einer Erzählung von zwei Freunden der Familie, die ebenfalls als Flüchtlinge in Marokko gelebt haben. Innerhalb unseres Netzwerks zeigten sich etliche AktivistInnen schockiert und aufgewühlt ▶ u. a. S. 11

► „Als Sklave beschimpft“

Fast 6 Monate sind vergangen, seit das Wüstenlager Choucha durch das UN-Flüchtlingskommissariat und die tunesische Behörden offiziell geschlossen wurde. Die nicht-anerkannten Flüchtlinge, die weiterhin in Choucha ausharren, erhalten seitdem keine Unterstützung mehr – ihr Leiden ist riesig. Mich selbst umtreibt die Sorge einer zweiten Lampedusakatastrophe, so wie im Oktober, als 360 subsaharische Flüchtlinge auf einen Schlag ihr Leben verloren haben. Denn die aktuelle Situation im Lager ist schrecklich.

Die jungen Leute sind wild entschlossen, das Mittelmeer zu überqueren. Sie meinen, dass dies ihre einzige Chance sei – ob erfolgreich oder nicht, auf jeden Fall besser, als zu bleiben und mit Kindern, alten Männern und Kranken bei Auto- und Lastwagenfahrern an der Straße von Libyen





**Demo bei Weltsozialforum in Tunis
(2013) | Leona Goldstein**



**Debatte mit Angehörigen
vermisster Bootsflüchtlinge in
Tunis (2013) | Leona Goldstein**

nach Tunesien zu betteln. „Wie Sklaven sehen wir aus“, sagen sie. Die ganze Nacht müssten sie für gerade mal 30 Tunesische Dinar Lastwagen beladen, während die tunesischen Leute die gleiche Summe in gerade mal 3 Stunden verdienen würden. „Wir sind mit allen nur erdenklichen Diskriminierungen, Beleidigungen und Ausgrenzungen konfrontiert. Wir werden sogar mit dem arabischen Wort für Sklave bedacht“.

Auch ich habe das erlebt, in Libyen, als Kinder Steine auf mich warfen und mich ebenfalls als Sklave beschimpften. Selbst anerkannte Flüchtlinge weigerten sich, in der Stadt zu bleiben und kehrten nach Choucha zurück. Sie meinten, es sei besser, im Lager zu bleiben und über das Mittelmeer zu fahren, als sich von Tunesiern immer wieder beleidigen zu lassen. So heißt es, „wir seien dreckig, wir dürften uns nicht unter die Araber begeben, nicht in die gleichen Krankenhäuser gehen, denn als Afrikaner hätten wir ansteckende Krankheiten, insbesondere Aids“. Das ist der Grund, weshalb Anfang Oktober viele der abgelehnten, aber auch viele der anerkannten Flüchtlinge versucht haben, das Meer zu überqueren. Aber nicht alle

waren erfolgreich. Drei meiner Freunde aus dem Tschad wurden auf einem Schiff verhaftet, sodann geschlagen und von der libyschen Marine ins Gefängnis geworfen.

Sie sind noch sehr jung, mussten aus dem Tschad nach Libyen flüchten. Einige ihrer Verwandten sind bereits tot, andere waren ebenfalls in Choucha. Von zweien fehlt bislang jede Spur, wir wissen nicht, ob sie noch leben. Die in Choucha Verbliebenen sagen unumwunden, dass sie jederzeit bereit seien, ein Boot zu besteigen, sobald sie das notwendige Geld verdient hätten. Ich appelliere an die deutsche Regierung, für diese Menschen eine andere Lösung zu finden. Denn es handelt sich um Opfer des Bürger- und Natokriegs in Libyen. ✖

Emmanuel Gatoni (43) ist Bauer und Lehrer. 1998 floh er das erste Mal aus dem Osten Kongos, 2007 musste er das Land endgültig verlassen. Er hat über 3 Jahr im Sudan bzw. Dafur gelebt, anschließend in Libyen, von wo er 2011 nach Choucha gekommen ist. 2012 kam er als anerkannter UNHCR-Flüchtling nach Deutschland. Er ist verwitwet und Vater von 6 Kindern. Er lebt heute in Berlin

**Boats4People: Gedenkveranstaltung in
Palermo (2012) | Leona Goldstein**





► INTERNATIONALER APPELL DER EUROPÄISCHEN SEKTION VON AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

Sanamadougou und Sahou müssen bleiben: Landraub stoppen – in Mali und überall sonst!

Neokolonialer Landraub ist in aller Munde – und das zu Recht: Denn der seit 2007 explosionsartig angewachsene Ausverkauf fruchtbarer (Acker-)Böden an Banken, Investment-fonds und Konzerne gleicht mittlerweile einer riesigen Enteignungswelle, die im Süden des Globus für mehrere Hundert Millionen Kleinbauern und -bäuer_innen, Fischer_innen und Viehhirt_innen den Verlust ihrer Existenzgrundlagen bedeuten könnte. So sind allein zwischen Oktober 2008 und Juni 2009 weltweit mindestens 47 Millionen Hektar Land unter den Hammer gekommen – was der Größe Schwedens und somit einem Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der EU entspricht. Rund 75 Prozent des Landgrabbing erfolgt mittlerweile in Afrika, betroffen sind mindestens 23 Länder in sämtlichen Teilen des Kontinents, darunter auch Mali. Vor diesem Hintergrund hat Afrique-Europe-Interact seit März 2012 in Mali und Deutschland verschiedenste Aktionen gegen Landgrabbing durchgeführt. In diesem Zusammenhang ist auch der hier dokumentierte Appell zur Erhaltung der beiden Dörfern Sanamadougou und Sahou entstanden – einschließlich einer Aktion vor der malischen Botschaft in Berlin am 21. August 2014.

Anfang 2013 ist Mali kurzzeitig in die internationalen Schlagzeilen geraten. Islamistische Milizen hatten den Norden des Landes besetzt, es folgte eine internationale Militärintervention unter Führung Frankreichs, in deren Verlauf zumindest größere Städte wie Timbuktu und Gao befreit werden konnten. Und doch hat sich das Leben für

die Masse der Bevölkerung kaum verändert – weder im Norden noch in den übrigen Landesteilen. Besonders dramatisch ist die soziale Lage von Kleinbauern und -bäuer_innen, die ungefähr 75 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Stellvertretend dafür stehen die beiden Dörfer Sanamadougou und Sahou 270 Kilometer nord-



Blockupy Demo in Frankfurt (2012):
AEI-Transparent | anonym

östlich der Hauptstadt Bamako. Noch im Jahr 2009 haben diese zur Linderung einer landesweiten Ernährungskrise 40 Tonnen Hirse an die malische Regierung gespendet, heute sind sie selber auf Lebensmittellieferungen angewiesen. Denn im Zuge des weltweit boomenden Ausverkaufs fruchtbarer Acker-, Wald- und Weidflächen an Investmentfonds, Banken und Konzerne ist es auch in Sanamadougou und Sahou zu gewaltsamen Vertreibungen gekommen. Zudem mussten die Bewohner_innen die schmerzliche Erfahrung machen, dass bäuerlicher Widerstand selbst in vergleichsweise liberal regierten Ländern wie Mali oftmals brutal unterdrückt wird. Beides hat Sanamadougou und Sahou weit über Mali hinaus bekannt

gemacht – als ein Symbol für den Kampf um kollektive Bodenrechte und somit Ernährungssouveränität.

Begonnen hat es am 31. Mai 2010. Damals hat der malische Großinvestor Modibo Keita mit seiner Firma Société Moulins Modernes du Mali einen über 30 Jahre laufenden Pachtvertrag von 7.400 Hektar in der Region M'Bewani Séribabougou abgeschlossen – und zwar mit der Option, in einer zweiten Phase weitere 20.000 Hektar zu erhalten (eine riesige Fläche, die insgesamt ca. 37.000 Fußballfeldern entsprechen würde). Doch die örtlichen Rahmenbedingungen passten Modibo Keita nicht – einem bestens mit der politischen Klasse in Bamako vernetzten Unternehmer, der vor allem im Getreide-

handel ein riesiges Vermögen angehäuft hat. Er unterbreitete daher verschiedenen 30 Kilometer weiter südlich gelegenen Dörfern das Angebot, ihr Land gegen lächerliche Geldbeträge, Geschenke oder Ersatzflächen abzugeben. Alle lehnten ab, lediglich ein Dorf tauschte 800 Hektar gegen eine kleine Fläche bewässertes Ackerland. Modibo Keita nutzte dies, um sich von dort aus weitere Flächen räuberisch unter den Nagel zu reißen, so auch diejenigen von Sanamadougou und Sahou – wobei es in einem aktuellen Regierungsbericht heißt, dass die Flächen just jener beiden Dörfer von einem 400 Hektar-Ableger im Rahmen seines allgemeinen 7.400 Hektar-Deals juristisch abgedeckt seien. Inwiefern dies zutreffend oder lediglich eine nachträgliche Schutzbehauptung ist, sei dahingestellt. Fakt ist allerdings, dass Mobido Keita rasch zwei Bewässerungskanäle errichtete, die Bauern und Bäuerinnen am Zutritt zu ihren Feldern behinderte und stattdessen selber begann, in großen Stil Kartoffeln und andere Kulturen anzubauen (wenn auch mit mäßigem Erfolg).

Die Bauern und Bäuerinnen setzten sich von Anfang an massiv zur Wehr, zumal der erste große Schock bereits kurz nach Vertragsunterzeichnung erfolgte: Am 18. Juni 2010 ließ Modibo Keita in Sanamadougou ohne jede Ankündigung zahlreiche uralte Bäume fällen, die für die bestens an die äußeren Bedingungen angepasste Agroforstwirtschaft des Dorfes unentbehrlich waren. Doch Modibo Keita hatte 70 Gendarmen mitgebracht, die gewaltsam gegen die friedlich auf ihren eigenen Feldern protestierenden Bauern

und Bäuerinnen vorgingen. Rund 40 Personen wurden verhaftet, 8 blieben bis zu 6 Monate in Haft. Später folgten nächtliche Überfälle in Sanamadougou und Sahou durch Gendarmerie und Nationalgarde – einschließlich gezielter Vergewaltigungen. Eine ältere Frau wurde vor den Augen ihres Sohnes zu Tode geprügelt, andere wurden schwer verletzt, zwei Frauen erlitten Fehlgeburten.

Die Bewohner_innen ließen sich unterdessen nicht einschüchtern, sie schrieben Briefe an verschiedene PolitikerInnen und RegierungsvertreterInnen, beteiligten sich an Demonstrationen und nahmen an nationalen und internationalen Bauernversammlungen teil. Mehr noch: Mit Hilfe von CMAT („Convergence Malienne contre les Accaparements de Terres“), einem Zusammenschluss verschiedener Bauern- und Menschenrechtsorganisationen, strengten sie einen Gerichtsprozess in Markala an, der zwar am 22. Februar 2012 eröffnet, dann aber ebenfalls verschleppt wurde. Daran hat sich auch nichts geändert, nachdem am 22. März 2013 auf einen Kabinettsbeschluss hin der Minister für Raumplanung und Dezentralisierung den zuständigen Gouverneur von Segou in einem Brief ausdrücklich aufforderte, dem ungesetzlichen und menschenrechtswidrigen Treiben von Modibo Keita ein Ende zu setzen.

Heute ist die Situation zugespitzter denn je – vor allem durch den Hunger, welcher mittlerweile insbesondere die Bevölkerung von Sanamadougou fest im Griff hält und somit abhängig von der Unterstützung durch Nachbardörfer oder einzelne Familienmitglieder in Bamako



Betroffene von Polizeigewalt in Sanamadougou (2011) | Philippe Revelli

► **LESEHINWEIS:** Auf unserer Webseite finden sich zahlreiche deutsch-, englisch- und französischsprachige Texte, Studien und Videolinks zu Landgrabbing – samt Internetnavigator zu weiteren Webseiten in diesem Bereich. Verwiesen sei auch auf eine unter der Rubrik „Service/Materialien“ als PDF dokumentierte Broschüre, die unser Netzwerk im Juni 2012 unter dem Titel „Landgrabbing – Migration – Widerstand: Analysen und Interviews zu Landkonflikten in Mali“ herausgegeben hat. ✕

oder im Ausland macht. Die Alternative ist insofern klar: Entweder die Bauern und Bäuerinnen erhalten ihr Land zurück oder sie müssen gehen – so wie das allein seit vergangenem Mai 23 Haushalte in Sanamadougou getan haben.

Die Erfahrungen von Sanamadougou und Sahou sind keineswegs Ausnahmen. Vielmehr hat der malische Staat seit 2003 mindestens 540.000 Hektar Boden verkauft und über weitere 379.000 Hektar Vorverträge abgeschlossen (Stand: Mai 2011) – und das zu Gepflogenheiten, die auch in anderen Weltregionen gang und gäbe sind: Geheim, das heißt ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung, unter Verzicht auf Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sowie zu grotesk günstigen Konditionen, wozu unter anderem niedrigste Pachtzinsen bzw. Kaufpreise, jahrzehntelange Steuernachlässe („tax holiday“) und nicht kosten-deckende Wassergebühren gehören. Hinzu kommen innerstädtische Vertreibungen und Lan-

denteignungen durch korrupte PolitikerInnen und VerwaltungsbeamtenInnen. Vor allem die Enteignungspolitik ist ein in Mali seit langem öffentlich diskutierter Skandal, sie findet hauptsächlich im Office du Niger statt – einem riesigen, vom Niger gespeisten Bewässerungsgebiet, zu dem auch Sanamadougou und Sao gehören (wenn auch ohne Anschluss an das Kanalsystem). Konkret: Können Bauern und Bäuerinnen am Ende des Erntezyklus ihre Wasserrechnung nicht bezahlen, wird ihr Land entschädigungslos konfisziert, selbst nach jahrzehntelanger Bewirtschaftung.

Offiziell wird der Ausverkauf fruchtbarer Flächen damit gerechtfertigt, dass die Pächter bzw. Käufer einen allgemeinen Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten würden. Die Beispiele von Sanamadougou und Sahou zeigen aber, dass dies nicht der Fall ist. Denn statt Ernährungssicherung zu garantieren, werden Bauern und Bäuerinnen in großer Zahl vertrieben. Oft sehen sich einzelne Familienmitglieder



gezwungen, in die Migration zu gehen – meist nach Westafrika, einige auch Richtung Europa. Hinzu kommt, dass auf den geraubten Flächen nicht zuletzt Exportgetreide und Agrosprit-Pflanzen angebaut werden. In Mali beträgt der Anteil an Agrosprit-Pflanzen 40 Prozent, afrikaweit sogar 66 Prozent. Schließlich das ökologische Desaster: Agrarindustrielle Landwirtschaft spitzt die Bodenauslaugung zu, verschärft den Klimawandel und führt zur Senkung der Fluß- und Grundwasserspiegel („Watergrabbing“).

Zurück nach Sanamadougou und Sahou: Beide Dörfer stehen am Scheidepunkt, es muss etwas passieren. Kurzfristig brauchen die Bewohner_innen Nahrungsmittelunterstützung, grundsätzlich ist ihnen jedoch das Land zurückzugeben und eine Wiedergutmachung für die erlittenen Schäden zu erstatten (unabhängig davon, ob Modibo Keita einen echten Besitztitel vorweisen kann oder nicht). Wir fordern die malische Regierung deshalb dazu auf,

die hierfür erforderlichen Maßnahmen schnellstmöglich zu ergreifen. Des Weiteren dürfte mittelfristig kein Weg daran vorbeiführen, insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen, die bis heute die Ernährungssicherheit in Mali maßgeblich gewährleistet (wie im Übrigen überall auf der Welt). Denn es darf nicht sein, dass einzelne Investoren 20.000, 50.000 oder gar 100.000 Hektar Land erhalten, während die ärmere Hälfte der ohnehin armen 600.000 Bauern und Bäuerinnen im Office du Niger zusammen gerade mal 85.000 Hektar besitzt. Schließlich sollte auch dem Gewohnheitsrecht an Boden uneingeschränkte Geltung verschafft werden, wie es in Kapitel 43 des malischen Bodenrechts vorgesehen ist. Danach kann individuell bzw. kollektiv genutztes Land nur unter der Bedingung enteignet werden, dass dies dem Gemeinwohl dient. Und im Falle von Sanamadougou und Sahou noch nicht einmal das. Denn die beiden uralten Dörfer haben das

Land bereits in vorkolonialer Zeit und somit vor der offiziellen Registrierung des Bodens durch staatliche Stellen bewirtschaftet, so die Dorfchefs in einem im Juli 2014 an den Premierminister verfassten Brief.

Demgegenüber möchten wir die deutsche Bundesregierung auffordern, ihren Einfluss geltend zu machen und sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für eine Rückgabe des geraubten Landes an Sanamadougou und Sahou einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, was in Bamako als offenes Geheimnis gilt: Nämlich, dass die von Modibo Keita verwendeten Maschinen aus Mitteln abgezweigt wurden, mit denen Deutschland im Jahr 2004 unter anderem den Anbau von Kartoffeln gefördert hat. Zudem sollte Deutschland sämtliche Maßnahmen einstellen, die Landgrabbing ermöglichen bzw. begünstigen – wie zum Beispiel die im Rahmen der europäischen Biodieselrichtlinie vorgesehenen Beimischungs-

quoten von Agrotreibstoffen. Dieser Aufruf ist in Europa entstanden, daher sei abschließend aus dem schon erwähnten Brief der beiden Dorfchefs zitiert: „Trotz der fast vollständigen Enteignung unserer Felder bleiben wir dabei, den Erhalt unserer Dörfer einzufordern, unserer Felder, unserer fruchtbaren Bäume, unserer historischen und kulturellen Stätten, die unsere Werte und Orientierungspunkte verkörpern – gestern, heute und morgen.“ ✕

[] Das transnationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact arbeitet mit Bewohner_innen verschiedener Dörfer im Office du Niger zusammen – unter anderem aus Sanamadougou und Sahou. VertreterInnen der malischen und europäischen Sektion von Afrique-Europe-Interact haben die beiden Dörfer in diesem Jahr bereits mehrfach besucht, insbesondere um gemeinsame Aktionen vorzubereiten. Im August 2014 hat Afrique-Europe-Interact 10 Tonnen Hirse zur Überbrückung der aktuellen Hungersnot gespendet.*



Phosphatabbau in Togo

Vorbemerkung: Während in Mali im Zuge der Bamako-Dakar-Karawane eine große Sektion von Afrique-Europe-Interact entstanden ist, hat sich in Togo bislang vor allem eine Gruppe unserem Netzwerk angeschlossen – die in Sokodé im Norden des Landes verankerte Assoziation der Abgeschobenen Togos (ATE). Dennoch sind im April 2014 anlässlich einer Togo-Delegationsreise von europäischen und malischen Aktivist_innen unseres Netzwerks ganz verschiedene Themen zur Sprache gekommen, unter anderem Phosphatabbau. Inwiefern dieser mit Landraub und weiteren hoch problematischen Konsequenzen einhergeht, wird in einem Redebeitrag erläutert, der anlässlich einer Kundgebung gehalten wurde, die Afrique-Europe-Interact am 21. August 2014 vor dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Berlin durchgeführt hat. Ein weiterer Text beschreibt die allgemeine gesellschaftliche Situation in Togo – er ist ursprünglich in der taz-Beilage Nr. 4 von Afrique-Europe-Inteact erschienen.

Im Rahmen einer Delegationsreise nach Togo besuchten AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact im April 2014 ein nordwestlich der Hauptstadt Lomé gelegene Phosphat-Abbaugebiet. In dem Ort Hahatoé – dem Zentrum des Abbaugebietes – berichteten EinwohnerInnen von Landgrabbing und anderen negativen Folgen, die mit der industriellen Phosphatgewinnung einhergehen.

In Togo befinden sich die viertgrößten Phosphatvorkommen der Welt. Phosphat ist das zweitwichtigste Exportprodukt Togos. Das Phosphat wird mit riesigen Schaufelbaggern im Tagebau abgebaut. Zu 90 Prozent wird Phosphat in der Herstellung von Düngemitteln eingesetzt, allerdings ist es auch ein Grundstoff in der Chemiewaffenproduktion. In Togo setzte der Phosphatabbau bereits Mitte der 1950er Jahre ein. Außer einem Reinigungsverfahren findet im Land keine Weiterverarbeitung statt. Der Rohstoff wird danach über einen extra für diesen Zweck angelegten Hafen im Küstenort Kpéme exportiert.

In den 70er Jahren wurde das Abbau-

unternehmen vollständig verstaatlicht. Infolge von IWF-Auflagen erfolgte ab 1997 jedoch eine schrittweise Privatisierung. Seit 2007 ist der Abbau in der Hand der privaten togoischen Firma Société Nouvelle des Phosphates du Togo. Die Bewohner_innen von Hahatoé berichteten, dass alle Versprechungen, die ihnen von Seiten der Abbaugesellschaften gemacht worden waren, von Beginn an nicht eingehalten wurden. Weder gab es die Arbeitsplätze in dem versprochenen Umfang noch die Schulen oder die Krankenstation. Bis heute ist das Dorf nicht an das Elektrizitätsnetz angeschlossen und es existiert keine sanitäre Infrastruktur, also keine Trinkwasserleitungen und keine Kanalisation. Besonders die Frauen, mit denen unsere Delegation sprechen konnte, beklagten, dass ihre Kinder keinen Schulunterricht erhalten. Außerdem berichteten sie von Erkrankungen vor allem bei den Kindern, die durch Phosphatstaub verursacht werden. Weil sowohl der Abbau als auch der Abtransport des Rohphosphats ungeschützt unter freiem Himmel stattfindet, ist der giftige Staub



Junge Aktivist_innen gegen Abschiebung in Sokodé, Togo (2013) | Aylin Basaran

allgegenwärtig. Aktuell sind die für die Bewohner_innen in den 1950er Jahren errichteten kleinen Wohnhäuschen vom Abriss bedroht, da es Planungen gibt, das unter dem Dorf gelegene Phosphat zu fördern. Die Bewohner_innen sind deshalb akut von Vertreibung bedroht.

Aber nicht nur die gemachten Versprechungen wurden nicht eingehalten. Darüber hinaus hat der mit riesigen Schaufelbaggern betriebene Tagebau auch das nutzbare Acker- und Weideland in der gesamten Region zerstört. Die Gegend gleicht einer Mondlandschaft mit tiefen Kratern und hoch aufgeschütteten Abraumbergen. Bis heute wurde keine der bereits ausgebeuteten Flächen wieder eingeebnet, um dort wieder Landwirtschaft zu ermöglichen. Das durch den Phosphatabbau betriebene Landgrabbing führt zusammen mit den anderen beschriebenen Zumutungen dazu, dass immer mehr junge Leute wegen der völligen Perspektivlosigkeit die Region und ihre Familien verlassen und in die Großstadt Lomé migrieren oder sich auf den Weg nach Westeuropa machen. Togo ist seit 2012 wieder Kooperationspartner des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zu-

sammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Begründet wird die Wiederaufnahme der in den 90er Jahren eingestellten offiziellen staatlichen Zusammenarbeit damit, dass in Togo eine Phase der Demokratisierung und Öffnung stattgefunden habe. Als ein inhaltlicher Schwerpunkt der Zusammenarbeit wird "Gute Regierungsführung" genannt. Fakt ist jedoch, dass in Togo nach wie vor Menschen und unabhängige Organisationen, die sich gegen Missstände wie die im Zusammenhang mit Phosphatabbau aussprechen, von lebensgefährlichen staatlichen Repressionsmaßnahmen bedroht sind. Das äußerte sich konkret darin, dass die Bewohner_innen von Hahatoé große Angst hatten, mit unserer Delegation zu reden, und auf keinen Fall wollten, dass sie namentlich genannt werden oder ihre Bilder veröffentlicht werden.

Wir fordern daher, dass die Bewohner_innen von Hahatoé angemessen entschädigt werden, dass die ihnen versprochene Infrastruktur wie Schule, Krankenstation, Zugang zu Trinkwasser tatsächlich errichtet wird und dass die zerstörten Ländereien wieder rekultiviert werden. ✕

EU verharmlost massive Repression in Togo

Togo in den frühen 1990er Jahren: In allen Teilen des Landes erheben sich Menschen gegen die seit über 20 Jahren herrschende Diktatur unter dem Präsidenten Gnassingbé Eyadéma. Es geht um Demokratisierung, um politische Freiheit. Aber auch darum, dass sich für viele Menschen in Togo und in Westafrika die Lebensbedingungen in diesen Jahren drastisch verschlechtern: Infrastruktur wie die staatliche Eisenbahn wird kaputt privatisiert, wodurch zahlreiche Jobs im öffentlichen Sektor verloren gehen.

Die seitens der EU erzwungene Abwertung der Regionalwährung Franc CFA um 50 Prozent verschärft den wirtschaftlichen Niedergang und treibt die Preise nach oben. Zwar wird "Demokratisierung" – verstanden als Multi-Parteien-System nach westlichem Vorbild – von den Regierungen Europas und Nordamerikas für Togo und andere Diktaturen in Afrika gefordert, doch außer der temporären Aussetzung von Entwicklungshilfekrediten werden die sozialen Bewegungen kaum unterstützt. Derweil fordern tausende Togoles_innen auf der Straße den Sturz des Regimes. Staatsangestellte, Arbeiter_innen und kleine Dienstleister_innen treten im November 1993 in einen unbefristeten Generalstreik, der acht Monate dauert. Am Ende stehen formale Demokratisierungszugeständnisse, die Konsolidierung der Macht und die Niederschlagung der Widerstandsbewegung – unterstützt durch die Präsenz französischer Militärverbände.

Die Kämpfe der 1990er- und 2000er-Jahre enden für viele Togoles_innen mit erzwungenem Exil – mit Flucht nach Ghana oder Benin, und für einige bis nach Deutschland. Politisches Asyl erhalten indes nur die wenigsten – viele kämpfen als Flüchtlingsaktivist_innen jahrelang gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht. Einige schaffen es – ihre monatlichen Rücküberweisungen sind bis heute für unzählige Familien in Togo eine wichtige Existenzgrundlage, gerade in Zeiten, wo von der Regierung oder staatlicher "Entwicklungs"hilfe wenig zu erwarten ist. Für viele andere jedoch endet die Suche nach einem sicheren und besseren Leben in Deutschland mit der Abschiebung, und das in ein Land, wo nach wie vor die gleichen Seilschaften die Macht innehaben, wo viele nach wie vor nicht sicher sind und wo sich die wirtschaftliche Situation der meisten Menschen in den letzten Jahren stetig verschlechtert hat.

Togo 2013: Die Regierung unter Faure Gnassingbé, Sohn des mittlerweile verstorbenen Ex-Diktators Eyadéma Gnassingbé, wird ein weiteres Mal wieder gewählt, seitens der EU wird attestiert, dass die Wahl im Großen und Ganzen korrekt verlaufen sei. Was in Europa kaum auf Interesse stößt: Der Wahlkampf ist begleitet von heftigen Protesten und sozialen Auseinandersetzungen. Immer wieder streiken Arbeiter_innen, Gesundheitsangestellte und Lehrer_innen – gegen Unterbezahlung und

dafür, überhaupt ihren Lohn zu erhalten. Es gibt Streiks und Protest an Schulen und Unis. Polizei und Armee reagieren wie gehabt mit Repression gegen soziale Bewegungen und gegen jene Teile der Opposition, die sich nicht von der Regierung vereinnahmen lassen.

Demonstrationen und Streiks werden regelmäßig mit Tränengas auseinandergetrieben. Im April 2013 werden zwei Jugendliche bei Schüler_innenprotesten in Dapaong von der Polizei erschossen. Am 10. und 11. Januar brennen nacheinander die großen Märkte von Kara und Lomé nieder. Über 30 Aktivist_innen der überparteilichen Oppositionsplattform "Collectif Sauvons le Togo" (CST) werden wegen angeblicher Brandstiftung festgenommen und angeklagt; Etienne Yanakou von der Oppositionspartei ANC stirbt am 14. Mai 2013 im Gefängnis. Die Umstände legen nahe, dass die Marktbrände von Angehörigen der Armee und Personen aus dem

Umfeld der Regierungspartei UNIR/RPT gelegt wurden - um die aktivsten Teile der Opposition zu kriminalisieren und zu zerschlagen, aber auch, um die Märkte als Basis der widerständigen Marktfrauen zu zerstören und um begehrten innenstädtischen Raum für Immobiliengeschäfte frei zu machen. "Au pays, ca ne va pas - hier im Land ist nichts in Ordnung", lautet die Sicht vieler Togoles_innen zur Gesamtsituation. Von einer echten Demokratisierung, mit der unter anderem Deutschland die Wiederaufnahme der knapp zwei Jahrzehnte eingefrorenen Entwicklungszusammenarbeit begründet, kann also keine Rede sein. Viele sehen daher einzig in der Migration einen Ausweg. Teils nach Europa, vor allem aber in andere westafrikanische Länder, begleitet auch hier von Bootstragödien, etwa im März 2013, als über hundert Menschen im Golf von Guinea ertranken. ✕





AEI-Bürgerver-
sammlung in
Bamako vor
Wahlen (2013) |
Alasanne Dicko

► SOZIALE BEWEGUNGEN IN MALI KRITISIEREN NEOKOLONIALE EINFLUSSNAHME SCHARF

Dialog statt Wahldiktat

Vorbemerkung: Anfang 2012 ist Mali von einer tiefgreifenden Krise erschüttert worden, nachdem es im Norden des Landes zunächst zu einem Aufstand von Tuareg-Rebellen und sodann zu einer Besetzung durch islamistische Milizen gekommen ist – einschließlich einer französischen Militärintervention im Januar 2013 ► **Kasten**]. Vor diesem Hintergrund hat im Mai und Juli 2013 die malische Sektion unseres Netzwerks in der Hauptstadt Bamako zwei Friedenskonferenzen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmer_innen ausgerichtet. Der hier dokumentierte Text ist in der taz-Beilage Nr. 3 (Sommer 2013) von Afrique-Europe-Interact erschienen. Auch wenn er auf die damalige Situation gemünzt ist, ist vieles auch heute noch aktuell.

Das derzeitige Konfliktgeschehen in Mali ist zweifelsohne komplex. Um so bemerkenswerter scheint es, dass die am 11. Januar begonnene Militärintervention Frankreichs unverändert auf große Zustimmung innerhalb der Bevölkerung stößt. Während nämlich die Intervention der ehemaligen Kolonialmacht von Anfang an als halbwegs überschaubares Übel galt, hätte ein erfolgreicher Vorstoß der Islamisten Richtung Süden nicht nur zu einer weiteren

Destabilisierung des Landes geführt, sondern auch zu einer schleichenden Unterwanderung der malischen Gesellschaft durch islamistische Kräfte. So das Kalkül innerhalb der von vielen als existentiell erlebten Bedrohungslage. Hinzu kommt, dass das Eskalationsrisiko ebenfalls als relativ gering erachtet wird, einfach deshalb, weil die Islamisten innerhalb der Bevölkerung – anders als in Afghanistan oder Somalia – regelrecht verhasst sind.

Mali: Chronologie einer Vielfachkrise

Am **17. Januar 2012** griffen aus Libyen zurückgekehrte Tuareg-Söldner der neu gegründeten Tuareg-Organisation MNLA die malische Armee im Norden des Landes an, wobei sie von Anfang an mit drei ebenfalls im Norden aktiven islamistischen Gruppen kooperierten. Am **22. März 2012** stürzten einfache Soldaten die Regierung in Bamako – mit ausdrücklicher Unterstützung breiter Bevölkerungsteile. Am **6. April 2012** riefen Tuareg-Rebellen im vollständig eroberten Norden die unabhängige Republik „Azawad“ aus, wurden jedoch am **28. Juni 2012** von ihren islamistischen Bündnispartnern besiegt, die im Anschluss ein äußerst brutales, von der Bevölkerung nahezu einhellig abgelehntes Scharia-Regime in den nördlichen Provinzen errichtet hatten.

Und doch sollte diese Positionierung nicht als lax, ja verharmlosende Haltung gegenüber Krieg oder neokoloniale Einflussnahme gewertet werden, wie hierzu lande in antimilitaristischen Kreisen bisweilen zu hören war. Denn die von Durchschnittsmalier_innen favorisierte Lesart zur Entstehung der aktuellen Krise weicht erheblich davon ab, wie die französische Regierung, die EU oder auch die Westafrikanische Wirtschaftsunion ECOWAS die Lage beschreiben. Danach seien nicht islamistische Terroristen das zentrale Problem. Im Zentrum der Kritik steht vielmehr der korrupte, vom Westen in den letzten 20 Jahren zur so genannten „Musterdemokratie“ hochstilisierte malische Staat. Aufhänger ist, dass Spitzen aus Regierung,

Am **12. November 2012** hat sodann der UN-Sicherheitsrat der westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS und der Afrikanischen Union ein Mandat zur Rückeroberung des Nordens erteilt.

Am **11. Januar 2013** ist es auf Ersuchen der malischen Übergangsregierung zur frühzeitigen Intervention durch die französische Armee gekommen, um die Islamisten aus dem Norden zu vertrieben.

Am **1. Juli 2013** wurden in Mali 12.600 Blauhelmsoldaten stationiert – mit einer aktuellen Laufzeit bis **Juni 2014**.

Seit **Juli 2014** finden in Algerien Friedensverhandlungen zwischen der malischen Regierung und verschiedenen Rebellengruppen statt. ✕

Militär und Polizei – einschließlich des ehemaligen Präsidenten – seit 2003 eng mit der Al Quaida des Maghreb (AQMI) bei Schmuggelgeschäften und Lösegeldverhandlungen für entführte Geiseln paktiert und somit die Verankerung von Islamisten im äußersten Norden Malis äußerst fahrlässig begünstigt haben. Konsequenz war, dass diese zusammen mit den aus Libyen zurückgekehrten Tuareg-Rebellen der MNLA zwischen Januar und April 2012 den gesamten Norden Malis gleichsam im Handstreich erobern konnten. Die faktische Preisgabe der nördlichen Regionen – samt Zerstörung lokaler Wirtschaftskreisläufe – war jedoch nicht die einzige Machenschaft eines zutiefst korruptierten Staatwesens. All dies korrespondiert vielmehr mit Ver-



**Delegationsreise ins
Office du Niger (2012):
Feldbesuch | Makombe**

untreuung in großem Stil und einer von der Bevölkerungsmehrheit völlig losgelösten politischen Klasse – ablesbar unter anderem daran, dass im Parlament französisch gesprochen wird, obwohl dies allenfalls ein Drittel der Menschen überhaupt versteht. Hinzu kommen die von sämtlichen Regierungen Malis seit Mitte der 1980er Jahre rücksichtslos durchgesetzten Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank: Eine neoliberale Rosskur, die nicht nur zu umfangreichen Privatisierungen und Marktöffnungen, sondern auch zu massiven Einschnitten im ohnehin äußerst schwach entwickelten Bildungs- und Gesundheitswesen geführt hat.

So betrachtet dürfte derweil verständlich werden, weshalb der von niedrigen Rängen

der Armee initiierte Putsch vom 22. März 2012 bis heute von den allermeisten gutgeheißen wird. Selbst diejenigen, die ausdrücklich betonten, dass ein Putsch aus prinzipiellen Gründen einen Anschlag auf das Wesen demokratisch legitimierter Entscheidungsprozesse darstelle, formulierten die Einschätzung, dass die Absetzung des langjährigen Präsidenten Amadou Toumani Touré den Staat buchstäblich vor einer weiteren Instrumentalisierung und Zerstörung durch die alte politische Klasse gerettet habe. Es scheint insofern absolut folgerichtig, dass soziale Bewegungen in Mali bei ihrer aktuellen Suche nach Lösungsstrategien den Antagonismus zwischen Bevölkerung und Staat ins Zentrum rücken, so auch eine mit Spenden für AEI ermöglichte Friedens-

konferenz, die die malische Sektion unseres Netzwerks Anfang Mai in Bamako ausgerichtet hat: Über 300 Leute aus zahlreichen Orten waren gekommen, unter anderem Vertriebene aus dem Norden, Tuareg und Angehörige arabischstämmiger Communities. Im Mittelpunkt stand insbesondere die Verständigung darüber, dass es 20 Jahre nach dem Friedensabschluss zwischen Tuareg und malischer Gesellschaft irreführend wäre, von einem ethnisch aufgeladenen Nord-Süd-Konflikt zu sprechen.

Vielmehr müsse hervorgehoben werden, dass sämtliche Teile der Bevölkerung von Korruption und Misswirtschaft betroffen seien, nicht nur einzelnen Gruppen. Und das gelte um so mehr, als immer wieder mit den historisch aufgeladenen Konflikten gezündelt würde – so geschehen unter Ex-Präsident Touré, der jahrelang verschiedene Tuareg-Clans im Norden gezielt gegeneinander ausgespielt habe. Nötig seien also, so das Fazit der Friedenskonferenz, zwei Dinge: Einerseits, der durchaus realen Gefahr eines so genannten „Amalgams“ entgegenzutreten, also der Ineinssetzung von Rebellen, islamistischen Milizionären und Drogenhändlern mit Tuareg oder arabischstämmiger Bevölkerung, wie es bei Übergriffen von Teilen der malischen Armee kurz nach Beginn der französischen Militärintervention mehrfach zum Ausdruck gekommen ist. Andererseits, einen neuen „sozialen Vertrag“ zwischen sämtlichen Bevölkerungsgruppen und der politisch-institutionellen Sphäre als solcher herbeizuführen – was allerdings voraussetze, in dialogorientierten Versammlungen unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen die jüngste Geschichte systematisch aufzur-

beiten. Es dürfte von daher kaum verwunderlich sein, dass sich derzeit viele empört darüber zeigen, dass im Zuge der Militärintervention und des bis heute gültigen Ausnahmezustandes die politische Auseinandersetzung über den zukünftigen Weg Malis quasi über Nacht abgewürgt wurde. Dabei sorgt insbesondere der frühe, vom Westen aufgezwungene Wahltermin im Juli für lautstarke Kritik, nicht zuletzt dessen erpresserische Koppelung an die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe. Denn je früher gewählt würde, desto stärker spiele dies den alten Eliten in die Hände. Einfach deshalb, weil die etablierten Akteure als einzige in der Lage seien, ohne längeren Vorlauf eigene Kandidat_innen aufzustellen.

► **LESEHINWEIS:** Auf der Webseite von Afrique-Europe-Interact sind unter der Rubrik „Themen/Mehrfachkrise in Mali“ zahlreiche Kommentare, Artikel und Studien zur Vielfachkrise in Mali dokumentiert – einschließlich zur Militärintervention Frankreichs. Hierzu gehört auch eine Stellungnahme unseres Netzwerks, die im Februar 2013 unter dem Titel „Wie Frankreich seine Vormachtstellung in Westafrika verteidigt“ erschienen ist. ✖

Schließlich: Ob in Mali oder anderswo, immer wieder zeigt sich, dass die EU in Afrika unverändert autoritäre Regime unterstützt, soziale Bewegungen unter Druck setzt und Flüchtlinge auf ihrem Weg Richtung Europa brutal verfolgt. Deshalb wird sich AEI im Juni in Berlin an einem Tribunal gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland beteiligen. ✖

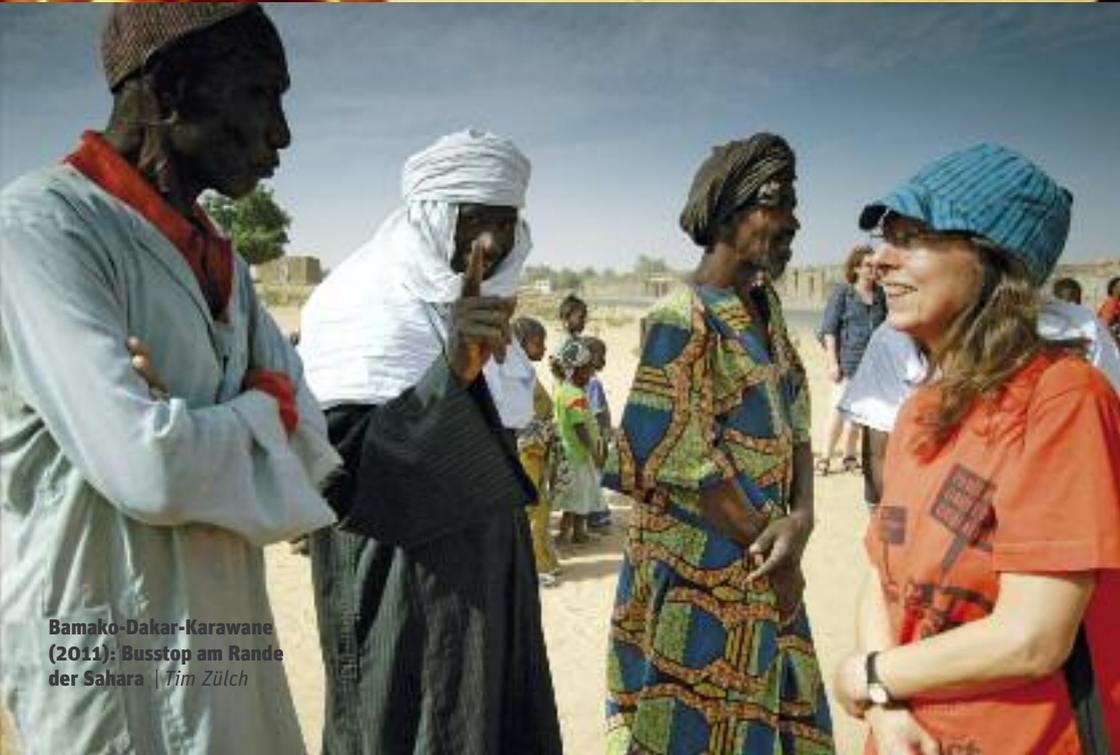
**Bamako-Dakar-Karawane
(2011): Demo am Strand in
Dakar | Jasmin Alt**



**Delegationsreise
ins Office du
Niger (2012)
Debatte | Makombe**



**Boats4People:
Gedenkveranstaltung
in Palermo (2012)**
Leona Goldstein



**Bamako-Dakar-Karawane
(2011): Busstop am Rande
der Sahara | Tim Zülch**

BUCH-, FILM- UND THEATER-EMPFEHLUNGEN

► Buchtip

Nahezu täglich finden sich Berichte von den Kämpfen um Bewegungsfreiheit an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU in den Medien. Um so mehr freuen wir uns, dass im Mai 2014 nach langer Vorarbeit das Buch unseres Freundes und Mitstreiters Emmanuel Mbolela erschienen ist. Denn Emmanuel Mbolela spannt in seinem Buch einen weiten Bogen: Von seiner politischen Arbeit im Kongo seit den frühen 1990er Jahren (damals noch unter Langzeitdiktator Joseph-Desiré Mobutu) über seine eigenen Erfahrungen als politischer Flüchtling in Mali, Algerien und Marokko in den Jahren 2002 bis 2008 bis hin zum langen Prozess des Ankommens in Europa.

Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil

*Mandelbaum Verlag 2014,
196 Seiten, 19,90 Euro
(mit einem Vorwort
von Jean Ziegler)*

Auf diese Weise leistet das Buch nicht nur einen unmittelbaren Beitrag zur Analyse und Geschichtsschreibung der europäischen Abschottungspolitik, es berichtet auch vom Widerstand der Flüchtlinge und Migrant_innen vor der Festung Europa, wie er sich trotz repressivster Bedingungen schrittweise herausgebildet hat. Aus diesen und vielen weiteren Gründen möchten wir die Lektüre des Buches wärmstens empfehlen. Zudem würden wir uns freuen, wenn das Buch in großen und kleinen Zeitungen bzw. Zeitschriften besprochen würde (Rezensions-exemplare schickt der Verlag gerne zu).

**Afrique-Europe-Interact Spender_innen
erhalten das Buch als Dankeschön umsonst.**

Emmanuel Mbolela wurde 1973 in Mbuji-Mayi im Zentrum der Demokratischen Republik Kongo geboren. Er hat in seiner Heimatstadt Ökonomie studiert, musste jedoch aus politischen Gründen 2002 das Land verlassen. Seit 2008 lebt er in den Niederlanden. Einladungen zu Lesungen und Veranstaltungen sind sehr willkommen | **Kontakt: nolagerbremen@yahoo.de**



Mutter und Sohn eines
Abgeschobenen in Togo
(2013) | Aylin Basaran

► Filmtip

Bereits im September 2013 hat der Film „Da.Sein“ der Wiener Filmemacher_innen Aylin Basaran und Hans-Georg Eberl (letzterer ebenfalls aktiv bei AEI) seine Premiere gefeiert. Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen die Schicksale von Menschen, die „da“ gelebt haben und abgeschoben wurden. Ihre Geschichten werden in Dialog gesetzt mit denen von Freund_innen und Angehörigen, die „da“ geblieben sind. Die Schauplätze

von Da.Sein sind unter anderem: Sokodé, zweitgrößte Stadt Togos, in den 1990er-Jahren Widerstandshochburg gegen das repressive Regime von Präsident Gnassingbé Eyadéma. Die 20-Millionen-Metropole Lagos, aus der Perspektive eines Hinterzimmers, eines Fußballplatzes und eines fahrenden Autos. Ein Refugee-Protestcamp in Hamburg. Wien. Die Erzählungen handeln von traumatischen Gewalterfahrungen und auseinandergerissenen Beziehungen, von verlorenen Hoff-

nungen und Rechten. Von behördlichem Rassismus und Zermürbungsterror „da“ und politischer Verfolgung „dort“, aber auch von Widerstand und Solidarität. Und von Versuchen, sich durch den erzwungenen Bruch im eigenen Leben nicht unterkriegen zu lassen. Die beiden Filmemacher_innen stehen für Filmvorführungen zur Verfügung

Da.Sein – Dokumentarfilm

Lagos, Sokodé, Hamburg, Wien

Aylin Basaran, Hans-Georg Eberl

Kontakt: [www.facebook.com/
da.sein.film.dokumentation](http://www.facebook.com/da.sein.film.dokumentation)

► Veranstaltungen

Hurria bedeutet auf Arabisch Freiheit. Aus der Perspektive eines „Harraga“ – eines Grenzübergreifers – erzählt das Stück Hurria! unterschiedliche Wege der Freiheitssuche, die mit der Revolution in Tunesien eine neue Qualität bekommen haben: Am 14. Januar 2011 fand in Tunesien eine Revolution statt. Danach haben viele junge Menschen das Land verlassen. Tausende sind als Flüchtlinge in Lampedusa gelandet. Damals sagte der deutsche Innenminister Thomas de Maizière, dass die Menschen erkennen müssten, dass sie nach Tunesien gehören würden. Sie sollten dort bleiben und ihr Land aufbauen.

Auch Angela Merkel äußerte sich ähnlich: Sie stellte es als eine Selbstverständlichkeit dar, dass „nicht alle Menschen nach Europa kommen [können], die nicht in Tunesien leben wollen“. Das Theaterstück versteht sich als eine Antwort auf solche Aussagen. Es thematisiert die vielfältigen Wege der Freiheitssuche, die mit der Revolution eine neue Qualität bekommen haben. Denn neben dem Kampf gegen die Diktatur war die Revolution auch ein Kampf gegen das europäische Migrationsregime. Hurria! fragt, wie die Probleme der Nordafrikaner*innen mit der europäischen Migrationskontrolle zusammenhängen, also auch, was europäischen Tourist*innen in Tunis, Frontex, Abschiebungen und religiöser Fundamentalismus miteinander zu tun haben.

Riad Ben Ammar ist vor 15 Jahren nach Deutschland gekommen. Lange war er in einem Flüchtlingslager in Mecklenburg Vorpommern untergebracht, inzwischen lebt er in Berlin und ist bei Afrique-Europe-Interact aktiv. Riad Ben Ammar freut sich über Einladungen zu Aufführungen.

Hurria!

Theater zu Revolution & Bewegungsfreiheit

*Von und mit
Riad Ben Ammar*

Kontakt: hurria@mail36.net



**Riad Ben Ammar in
seinem Theaterstück
„Hurria“ (2013)
Leona Goldstein**

KONTAKT

► Mali

Association Malienne des Expulsés
(Assoziation der Abgeschobenen
Malis, AME)

📞 www.expulsesmaliens.info

✉ expulsesmaliensbasta@yahoo.fr

☎ (+223) 79163677 oder 66782111

► Europa

NoLager Bremen

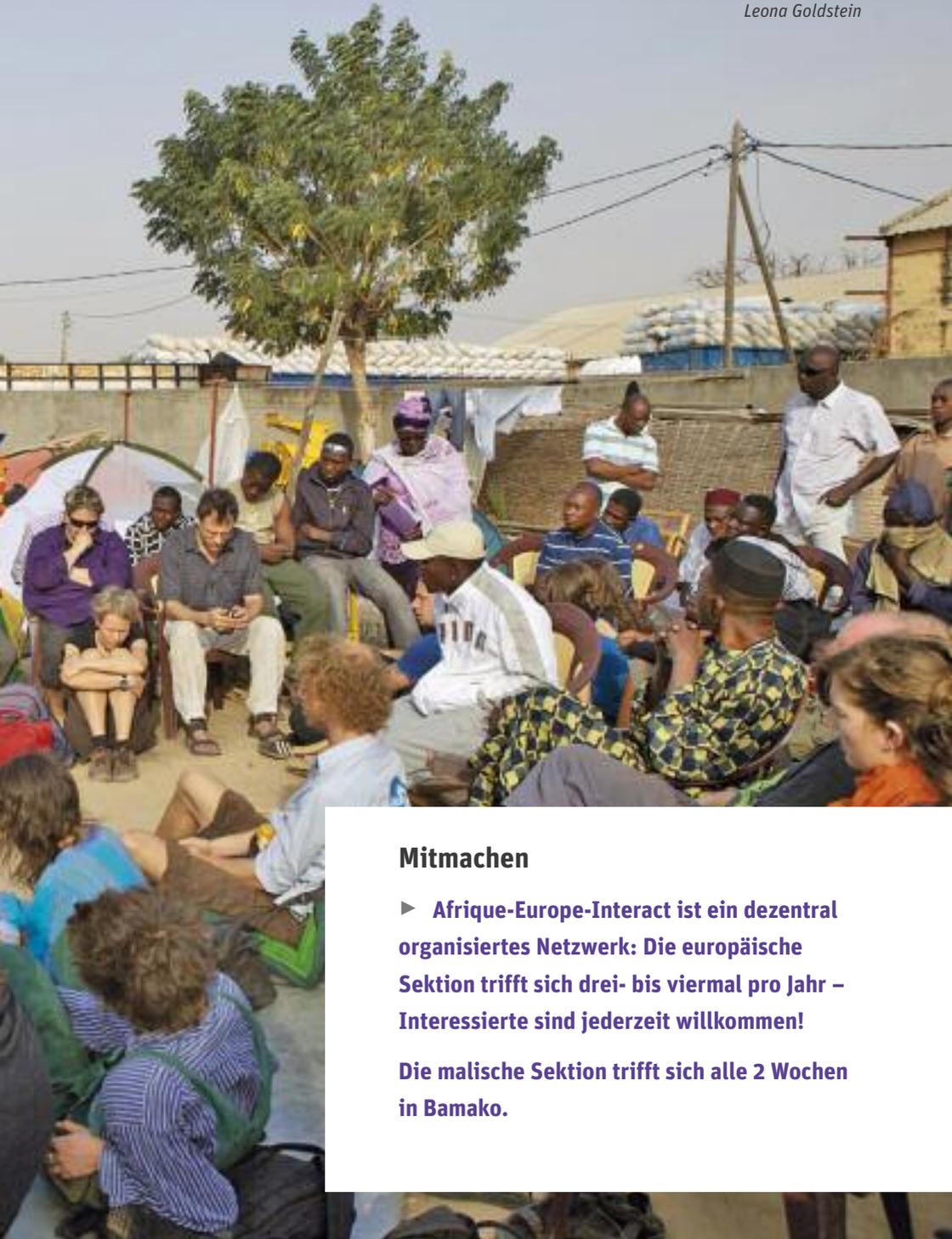
✉ nolagerbremen@yahoo.de

☎ (+49) 01578 4852 921

► Weitere Kontakte

📞 www.afrique-europe-interact.net





Mitmachen

► **Afrique-Europe-Interact ist ein dezentral organisiertes Netzwerk: Die europäische Sektion trifft sich drei- bis viermal pro Jahr – Interessierte sind jederzeit willkommen!**

Die malische Sektion trifft sich alle 2 Wochen in Bamako.

► DAUER- ODER EINZELSPENDEN GESUCHT – JEDER BETRAG IST WILLKOMMEN!

Transnationale Organisierung zwischen Afrika und Europa ist vergleichsweise kostspielig. Denn nicht nur politische Intervention geht mit Ausgaben einher. Auch praktische Solidarität ist gefragt, einfach weil viele Basisaktivist_innen in Mali bzw. Westafrika ökonomisch mit dem Rücken zur Wand stehen. Zur Absicherung unserer alltäglichen (und 100 Prozent ehrenamtlichen) Arbeit sind wir daher auf regelmäßige, steuerlich absetzbare Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung!

Dass wir einen erheblichen Teil der Spenden direkt an unsere Mitstreiter_innen in Mali, Togo, Tunesien und Marokko weiterleiten, hat vor allem mit den dortigen Verhältnissen zu tun: Zum Beispiel müssen Fahrtkosten kollektiv getragen werden, da viele Aktivist_innen nicht das nötige Kleingeld haben, um sich in einer Millionenmetropole wie Bamako von A nach B zu bewegen. Oder mediale Berichterstattung: Diese erfolgt vielerorts gegen Bezahlung, quasi als Eigenbeteiligung an der Aufrechterhaltung des journalistischen Betriebs.

Da es zudem für afrikanische Basisinitiativen so gut wie unmöglich ist, Anträge bei Stiftungen zu stellen oder gar Spenden zu sammeln, unterstützen wir als europäische Sektion von Afrique-Europe-Interact die politischen Aktivitäten unserer Mitstreiter_innen in Afrika – ganz gleich, ob es sich um Demonstrationen, Konferenzen oder interne Vernetzungstreffen handelt. Nicht weniger grundlegend ist das individuelle Überleben unserer (politischen) Freund_innen, weshalb auch ökonomische Projekte einzelner Basisinitiati-

ven finanziell unterstützt werden – zuletzt etwa die Anschaffung einer Getreidemühle für ein Frauenkollektiv im Office du Niger in Mali oder die Unterstützung einer kleinen Fischer_innenorganisation in Bamako beim Start einer ökologischen Fischzucht.

Spendenkonto

Name: Globale Gerechtigkeit e.V.

Bank: GLS Gemeinschaftsbank

IBAN: DE67 4306 0967 2032 2373 00

BIC: GENODEM1GLS

► TIPS FÜR UNTERSTÜTZER:

WIE SPENDEN BZW. WIE AN SPENDENGELD KOMMEN?

Afrique-Europe-Interact ist keine professionelle Spendenorganisation, entsprechend gibt es ganz verschiedene Möglichkeiten, unser Spendenanliegen zu unterstützen – sowohl individuell als auch kollektiv:

► Individuelle Spenden:

Jeder Betrag ist willkommen – ob 10, 50, 500 oder mehr Euro, ob regelmäßig oder einmalig. Wir möchten ausdrücklich darum bitten, unsere Informationen möglichst breit zu streuen (gerne auch via Facebook, Twitter & anderen sozialen Netzwerken).

► Kollektive Spendensammlungen

Ein weiterer Hebel ist die Organisation kollektiver Spenden bzw. die eigenständige Betätigung als Fundraiser_in – ob durch Solidaritäts-Partys, Benefiz-Konzerte, private Bingo-Abende, Spenden-Banketts in der lokalen Volkküche, Überlassung der restlichen Gelder vom aufgelösten WG-Konto oder schlichte Sammelmails im persönlichen Umfeld.

► Veranstaltungen:

Afrique-Europe-Interact lässt sich gerne zu (Film-)Veranstaltungen einladen – angelehnt an unsere konkreten Aktivitäten. Wenn dies obendrein mit Referent_innenhonoraren einhergeht, hat sich die Angelegenheit aus unserer Sicht doppelt gelohnt.

Spenden an Afrique-Europe-Interact sind steuerlich absetzbar, sie können online über unsere Webseite oder auf das nebenstehende Konto getätigt werden.

Als Dankeschön schicken wir (sofern uns die Postadresse vorliegt) das im Mai 2014 erschienene Buch des an Afrique-Europe-Interact beteiligten Flüchtlingsaktivisten Emmanuel Mbolela zu: *Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil.* Mandelbaum Verlag 2014, 196 Seiten (mit einem Vorwort von Jean Ziegler).

► www.afrique-europe-interact.net

FÜR GLOBALE BEWEGUNGSFREIHEIT & SELBSTBESTIMMTE ENTWICKLUNG



Bamako-Dakar-Karawane (2011):
Pause & Gespräche mit Kindern
Jasmin Alt